

KV Nordrhein wehrt sich gegen „Kriminalisierung“ der Ärzte

Eine Ärzte-Demonstration unter denkwürdigen Begleitumständen vor Beginn und eine hitzige Diskussion um den Notdienst am Ende der Vertreterversammlung der KV Nordrhein sorgten für große Aufmerksamkeit bei Teilnehmern und Beobachtern. Die Änderungen am Honorarverteilungsmaßstab und die klaren Aussagen des KV-Vorstands zu Korruptionsvorwürfen und zur gesundheitspolitischen Großwetterlage auf Bundesebene rückten am 8. Mai beinahe in den Hintergrund.



Dr. Peter Pothhoff, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein, sieht die Ärzte durch Kampagnen der Krankenkassen unter Generalverdacht gestellt.
Foto: Alexandra Malinka

Von Heiko Schmitz

Die Mai-Sitzung war die dritte Sitzung in Folge, die von Protesten nordrheinischer Fachärzte begleitet wurde. Diesmal waren es vor allem die Dermatologen, die auf unzureichende Regelleistungsvolumina und sich verschlechternde Arbeitsbedingungen aufmerksam machten. Von Teilen der Demonstranten wurde der Protest als Bestattung inszeniert; mit einem echten Sarg und Trauerkränzen unmittelbar vor dem Eingang zum Sitzungssaal. Bemerkenswert: Das Ritual vollzog sich gegen den erklärten Willen des Vorsitzenden der Vertreterversammlung, Dr. Frank Bergmann, der die Aktion sowohl als Verstoß gegen parlamentarische Regeln als auch gegen die guten Sitten bewertete. Nachdem die Initiatoren mehrmalige Aufforderungen zum Abbau der Trauerkulisse missachteten, musste schließlich die Polizei das Hausrecht des Versammlungsleiters durchsetzen.

Was blieb, war der medienwirksam inszenierte Abtransport des Sarges, zur Schau gestellte Zufriedenheit bei den an der Aktion beteiligten Ärzten – und ein fader Beigeschmack. Nicht nur bei Dr. Peter Pothhoff: „Ich habe vollstes Verständnis für die Proteste und die Hinweise auf die Sorgen der Kollegen“, sagte der Vorstandsvorsitzende der KV Nordrhein. „Es kann aber nicht sein, dass überhaupt kein Respekt mehr gegenüber der Vertreterver-

sammlung gezeigt wird. Es gibt für alles eine Grenze, und die wurde hier für meinen Geschmack klar überschritten. Kein Bundes-, Landes- oder Kommunalparlament würde eine solche Aktion tolerieren.“ Und Pothhoff weiter: „Wer die Berichterstattung über diese Aktion als Erfolg wertet, hat nicht verstanden, dass davon letztlich niemand etwas hat – außer den Medien, die sich über gelungene Motive freuen.“ Dass die Fachärzte mit ihrem Anliegen grundsätzlich auf offene Ohren stoßen, machte auch Bergmann noch einmal allen klar: „Ich freue mich, dass Sie fast schon traditionell auf die schwierige Situation der Fachärzte aufmerksam machen. Ich werde darauf in meinem Bericht aus dem HVM-Ausschuss detailliert eingehen“, so Bergmann. Wenig später musste er allerdings erstaunt feststellen, dass fast keiner der demonstrierenden Fachärzte mehr anwesend war, als es um die aktuelle Honorarentwicklung und die Gründe dafür ging. „Das ist unverständlich“, sagte Bergmann.

Ärzte unter Generalverdacht

Das Thema Honorar spielte auch im vorangegangenen Bericht von Peter Pothhoff eine wichtige Rolle. Er beleuchtete zunächst die aktuellen Entwicklungen auf Bundesebene, sowohl mit Blick auf die anstehende fach- und hausärztliche EBM-Reform der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) als auch angesichts der jüngst in Wahlparteitagten beschlossenen

gesundheitspolitischen Vorhaben der Parteien in Berlin. Dabei kritisierte der Chef der KV Nordrhein die Pläne zur Erweiterung der Paragrafen im SGB V, mit denen Korruption im Gesundheitswesen bekämpft werden soll. „Wir werden damit unzulässig unter Generalverdacht gestellt“, sagte Pothhoff. „Ich kann darüber hinaus nicht nachvollziehen, warum die Strafvorschriften im Sozial- und nicht im Strafrecht geregelt werden. Damit würde die neue Gesetzgebung allein für das GKV-System beziehungsweise für Vertragsärzte und -psychotherapeuten gelten.“

Im selben Kontext wie die Gesetzesinitiative zur Korruptionsbekämpfung, so Pothhoff, stehe auch der „Meldeaufruf“ des GKV-Spitzenverbandes. „Die kriminalisierende Wortwahl im Online-Formular des Verbandes richtet sich vor allem gegen Ärzte. Das ist purer Populismus, der allen Akteuren im Gesundheitswesen schadet“, so Pothhoff. Er ging in diesem Zusammenhang auch auf die am 26. April gestartete, bundesweite Image-Kampagne für den Arztberuf der Kassenärztlichen Vereinigungen ein. „Es ist richtig, die Initiative zu ergreifen und der breiten Öffentlichkeit mitzuteilen, was die niedergelassenen Ärztinnen, Ärzte und Psychotherapeuten leisten.“ Dies sei auch eine von den Ärzten immer wieder geforderte Reaktion auf die ständigen Provokationen der Kostenträger auf Bundesebene.

Kritisch äußerte sich Pothhoff zu den Eckpunkten rot-grüner Gesundheitspolitik, die in Zusammenhang mit einem

aktuellen Positionspapier der Friedrich-Ebert-Stiftung und einem Gutachten von Professor Dr. Jürgen Wasem zu betrachten seien. „Hier werden Reformen angedacht, die vordergründig sozial gerecht erscheinen. Tatsächlich wird eine Vereinheitlichung angestrebt, die der Qualität der Versorgung nicht dient und der Ärzteschaft am Ende finanziell schaden wird. Allein die Abschaffung der Privaten Krankenversicherung wäre mit Honorareinbußen von geschätzten vier Milliarden Euro verbunden“, sagte Potthoff. Dies sei nicht zuletzt mit Blick auf die nach wie vor nicht ausreichende Vergütung ärztlicher Leistungen in Nordrhein eine desaströse Perspektive. Bei den vagen Versprechungen, die Ärzteschaft für diesen Verlust zu kompensieren, sei größte Skepsis angebracht.

Proteste einzelner Facharztgruppen nachvollziehbar

Auf die Honorarsituation in Nordrhein ging Frank Bergmann detailliert ein. „Die Proteste der Kollegen sind mit Blick auf die strukturelle Unterfinanzierung des fachärztlichen Bereiches nachvollziehbar“, so Bergmann. Der differenzierte Blick auf Haus- und Fachärzte im ersten Quartal 2012 zeigt, dass die nordrheinischen Hausärzte beim Honorarumsatz, der nicht mit dem Gewinn zu verwechseln ist, je Arzt mit rund 49.500 Euro im ersten Quartal 2012 im Bundesvergleich nur an zehnter Stelle standen – beim Honorarumsatz pro Behandlungsfall sogar nur auf

Rang zwölf. Bei den Fachärzten lag die KV Nordrhein im ersten Quartal des Vorjahres bei gut 44.000 Euro und damit an drittzehnter Stelle im Bundesvergleich – „das ist die Folge einer im Vergleich zu anderen Bundesländern geringeren Gesamtvergütung je Versichertem in Nordrhein und einer höheren Arztdichte.“ Dank des sehr guten Ergebnisses der Honorarverhandlungen mit den nordrheinischen Krankenkassen Anfang dieses Jahres, bei denen die KV Nordrhein ein Honorarplus von 5,15 Prozent erzielen konnte, liegt Nordrhein bei der durchschnittlichen morbiditätsbedingten Gesamtvergütung pro Versichertem und Jahr jetzt auf dem „alten“ Bundesdurchschnitt, der durch die aktuellen, teilweise erheblichen Honorarzuwächse in anderen Bundesländern allerdings deutlich steigen wird. Es bleibt also dabei: Nordrhein hat nach wie vor Nachholbedarf bei der Vergütung der ambulanten Versorgung.

Neue Erkenntnisse zum Notdienst

Der vor diesem Hintergrund wichtige Beschluss zu den Änderungen am Honorarverteilungsmaßstab wurde mit deutlicher Mehrheit gefasst – zu einem Zeitpunkt, an dem sich die Reihen der Delegierten schon gelichtet hatten. Die Mitglieder des Hausärzterverbandes und der Freien Ärzteschaft hatten nach einer kurzen Beratung die Versammlung verlassen, nachdem eine Mehrheit der VV-Mitglieder ein Ende der Notdienst-Debatte beschlossen hatte. Diesem Ansinnen war ein Hin-

weis von KV-Chef Potthoff vorausgegangen: Er hatte die Delegierten über das vorläufige Resultat einer aktuellen Prüfung durch das Landesgesundheitsministerium informiert. Danach haben die Prüfer gegenüber der KV Nordrhein deutlich gemacht, dass wesentliche Strukturen des Notdienstes, darunter Vereine und Genossenschaften als Träger von Notdienstpraxen, nicht zulässig seien. Eine Feststellung, die auch deshalb brisant ist, weil sich einige dieser Vereine ausdrücklich weigern, der KV Informationen über ihre Kosten zu geben. Damit ist es nicht möglich, den in der Februar-Sitzung gefassten Beschluss der Vertreterversammlung umzusetzen, nach dem die Kosten für den Notdienst lückenlos zu ermitteln sind. Auch wenn noch kein amtlicher Prüfbescheid des Ministeriums vorliegt, „werden wir uns neu beraten müssen und sehen, wie wir jetzt weiter vorgehen“, sagte Potthoff.

Zunächst wird sich der Notdienstausschuss mit dem Thema beschäftigen, der per Beschluss damit beauftragt wurde, die neue Sachlage zu erörtern und eine Agenda sowie einen Zeitplan zu erarbeiten, die auf der Vertreterversammlung im September beraten werden sollen. Fest steht, dass der Ausschuss in neuer Besetzung tagen wird: Die beiden im gerade erst erweiterten Ausschuss vertretenen Mitglieder des Hausärzterverbandes erklärten aus Protest gegen das vorzeitige Ende der Debatte, nicht mehr im Ausschuss mitzuarbeiten. Die Delegierten der Freien Ärzteschaft sahen noch Beratungsbedarf, erklärten aber inzwischen ihre weitere Mitarbeit. Auch der erweiterte Notdienstausschuss, der bisher einmal tagte, war Gegenstand der Diskussion.

Immer wieder ging es in den Wortmeldungen der Reformgegner um die mutmaßlich unzureichenden Mitwirkungsmöglichkeiten der Delegierten und um den Vorwurf, die KV plane ein allein von ihr für gut befundenes Konzept gegen den Widerstand der ärztlichen Basis durchzusetzen. Und immer wieder stellte KV-Chef Potthoff klar, dass es nicht um ein Notdienstkonzept des Vorstands gehe, sondern um ein Konzept, zu dessen Erarbeitung die Vertreterversammlung den Vorstand beauftragt habe, um beispielsweise die Dienstbelastung der Ärzte zu homogenisieren. Durch die Vorgabe des Ministeriums rücken nun aber zunächst einmal die bestehenden Notdienstpraxen und ihr künftiger Betrieb in den Vordergrund.



So einig wie bei dieser Abstimmung waren sich die Delegierten während der Vertreterversammlung der KV Nordrhein nur selten.

Foto: Alexandra Malinka